

Die Stadtpolitik hat 2018 gut zu tun

Verkehr, Luftverschmutzung, Schulsanierung und die quälende Rathausaffäre: Die Ratsmitglieder müssen im neuen Jahr viele Aufgaben bewältigen. Und das trotz heftiger klimatischer Probleme.

Von Andreas Schinkel

In diesem Jahr stehen keine Wahlen an. Weder der Oberbürgermeister noch der Rat müssen neu bestimmt werden. Und doch dürfte 2018 kein einfaches Jahr für Hannovers Kommunalpolitik werden. Schwierige Entscheidungen stehen bevor, und die Bedingungen sind nicht die besten. Die Rathausaffäre hat die Stimmung zwischen Stadtspitze und Opposition verdüstert. Mit dem Einzug der AfD in den Rat verschärft sich zudem die Tonlage in den Debatten.

Ganz oben auf der Agenda steht die Frage, wie Hannovers Luftverschmutzung wirksam und möglichst rasch bekämpft werden kann. Der Druck ist hoch: Finden Verwaltung und Politik keine Antworten, läuft es darauf hinaus, dass Gerichte die Entscheidung abnehmen. Am Ende könnte 2018 das Jahr sein, in dem alle Dieselfahrzeuge aus Hannovers City verbannt werden. Solch drastische Maßnahmen will im Rathaus und in der Politik kaum jemand – zumindest darin ist man sich einig.

Der Rat wird 2018 auch so genug zu tun haben. Drei große Bauprojekte nehmen Fahrt auf: Am südlichen Kronsberg entsteht ein neues Viertel für bis zu 8000 Bewohner, die Wasserstadt Limmer nimmt erste sichtbare Formen an, und auf dem Gelände des ehemaligen Oststadtkrankenhauses schwingt jetzt die Abrissbirne. Zudem sollen weitere Schulen saniert und zum Teil neu gebaut werden, etwa die Sophien- und die Hildebrandtschule. Noch immer wartet die Ratspolitik auf eine Liste der Schulbauten, die dringend renoviert werden müssen. In der City wird in diesem Jahr ein massiv aufgestockter Ordnungsdienst seine Runden drehen. Ob er seine vielfältigen Aufgaben meistert, wird sich der Rat genau anschauen. Und dann ist da noch die Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025. Der Rat hat der Verwaltung kürzlich ein Budget bewilligt, um die Bewerbung voranzutreiben. Aber kann



Entscheidungen nötig: Hannovers Rat muss in diesem Jahr dicke Bretter bohren.

FOTO: DRÖSE

das klappen mit einem angeschlagenen Kulturdezernenten?

Die Rathausaffäre um Kulturdezernent Harald Härke könnte zu einem Hemmschuh für die politische Arbeit werden. Gegen Härke läuft ein Disziplinarverfahren. Ihm wird vorgeworfen, seiner Lebensgefährtin eine Stelle zugeschanzt zu haben. Der Posten wurde am Ende nicht besetzt. In den Strudel der Affäre ist auch Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) geraten, weil er keinen klaren Kurs hielt. Nur mit Mühe hat Schostok die SPD hinter sich vereinen können. Bleiben die Reihen geschlossen, wenn schwie-

rige Entscheidungen anstehen, etwa zu Diesel-Fahrverboten?

Die Atmosphäre zwischen Rathauschef und CDU, zweitgrößte Fraktion im Rat, war selten so angespannt wie jetzt. Grund ist eine Wutrede, die Schostok jüngst im Rat gehalten hat. Den Christdemokraten warf er vor, „Brunnenvergiftung“ zu

betreiben, weil sie in Sachen Rathausaffäre angeblich haltlose Unterstellungen verbreiteten. Die CDU hat das nicht verwunden und erwägt, künftig Fundamentalopposition zu betreiben, falls sich die Stimmung nicht ändert. Dabei gibt es Blockadehaltung seit Einzug der AfD in den Rat bereits genug.

Steintorplatz: Bürgerbeteiligung startet

Ursprünglich sollten auf dem Steintorplatz zwei Gebäude mit Ladenzeilen und Wohnungen errichtet werden – doch mit dem Wechsel der Ratsmehrheit nach der Wahl 2016 änderten sich die Pläne. Jetzt will das Bündnis aus SPD, Grünen und FDP den Platz lediglich neu gestalten, und dabei dürfen die Hannoveraner mitreden. In diesem Jahr startet die Bürgerbeteiligung, die sich die Stadt insgesamt eine halbe Million Euro kosten lässt. Moderiert wird die Diskussion um Gestaltungsideen voraussichtlich vom renommierten Berliner Büro Urban Catalyst. Die Moderatoren

bringen viel Erfahrung mit, noch aber sind die Auftragspapiere nicht unterschrieben. Die Ratsopposition argwöhnt, dass am Ende der Debatten möglicherweise doch ein Gebäudekomplex auf dem Platz entstehen wird. Die FDP winkt ab: Mehr als einen Kiosk dürfe es nicht geben, sagen die Liberalen. *asl*



Verkehr: Flüssig und umweltschonend

Selten zuvor sind verkehrspolitische Fragen und Umweltschutz so eng verknüpft gewesen. Stadtverwaltung und Ratspolitik werden in diesem Jahr viel tun, um pauschale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge abzuwenden. Die könnten gerichtlich durchgesetzt werden, wenn die Stadt kein überzeugendes Konzept zur Reduzierung der Luftverschmutzung vorlegt. Die Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) liegt bereits vor. Noch hat die Stadt ein paar Wochen Zeit, ihre Stellungnahme abzugeben. Das Ampel-Bündnis aus SPD, Grünen und FDP legt jetzt einen

Antrag mit einer Vielzahl von Maßnahmen vor. Hunderte Car-Sharing-Plätze sollen entstehen, Ladestationen für E-Autos gebaut und günstige Bus- und Bahntickets angeboten werden. Auch der Einführung einer blauen Plakette will man sich nicht verschließen. *asl*



Schulen: Sanierung und Neubau

Millionensummen werden auch in diesem Jahr in die Schulsanierung fließen. Allein der geplante Neubau der Sophien- und die Hildebrandtschule soll 40 Millionen Euro kosten. Aber damit nicht genug. Die Ratsopposition wird auch in diesem Jahr verlangen, dass die Stadt endlich eine Sanierungsliste für stinkende Schul-WCs vorlegt. Seit einem Jahr wartet die Politik auf die Prioritätenliste. In Linden könnte sich noch eine Großbaustelle aufbauen. Die IGS ist marode und müsste erneuert werden. In der Ratspolitik wird hinter vorgehaltener Hand bereits überlegt, ob die Schule nicht komplett neu gebaut werden müsste. So aber würde erneut ein zweistelliger Millionenbetrag fällig. *asl*



Ordnungsdienst soll patrouillieren

In diesem Jahr wird eine neue städtische Ordnungstruppe ihren Dienst aufnehmen. Die Ausschreibung für die rund 40 Stellen läuft bereits. Jetzt kommt es darauf an, geeignetes Personal zu finden. Ratsmehrheit und Stadtspitze sind einig, dass keine schwarzen Sheriffs mit Knüppeln patrouillieren sollen. Dennoch müssen sich die neuen Ordnungshüter auch bei schwieriger Klientel (Trinker, Bettlerbanden) durchsetzen können und im Notfall Platzverweise erteilen. Die Bezirksräte werden diskutieren, auf welchen Plätzen die Teams aktiv werden sollen. Klar ist bisher, dass die Uniformierten im gesamten Stadtgebiet unterwegs sein sollen. *asl*



Personaldezernent gesucht

Der Rat muss sich in diesem Jahr über eine Personalie im Führungsteam der Stadtverwaltung Gedanken machen. Ab 1. Juli wird der Posten des Personaldezernenten frei. Derzeit leitet Bildungsdezernentin Rita Maria Ryzski kommissarisch das Ressort. Ihr Vorgänger, Kulturdezernent Harald Härke, musste das Personaldezernat abgeben, weil gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Ihm wird zur Last gelegt, seiner Lebensgefährtin eine Stelle zugeschanzt zu haben.

Der städtische Personalrat hat bereits gefordert, dass Hannover weiterhin einen Personaldezernenten braucht, die Stelle also nicht gestrichen werden dürfe. Das wird auch in der Ratspolitik so gesehen. Theoretisch könnte Härke wieder seine Stelle einnehmen. Das Disziplinarverfahren wird bis dahin abgeschlossen sein. Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) geht davon aus, dass es nur auf eine Geldbuße hinausläuft. Zweifelhafte ist aber, ob Härke im Rathaus und in der Politik genügend Unterstützung bekommt, um wieder Personalchef zu werden. Voraussichtlich wird die Stelle neu ausgeschrieben. *asl*

Alkohol für 1100 Euro gestohlen

Amtsgericht verurteilt Täter zu Geldstrafe

21 Flaschen Alkoholika, von hochwertigem Champagner über Whiskey bis zu Wodka, versuchte Liviu B. am 30. Dezember 2017 in der Kaufland-Filiale am Raschplatz zu stehlen. Er zahlte Lebensmittel im Wert von 23,86 Euro – doch die im Einkaufswagen abgedeckten Spirituosen im Wert von 1105,78 Euro gedachte er an der Kassiererin vorbeizuschmuggeln. Weil ihn ein Ladendetektiv noch vor dem Ausgang stellte, musste er sich am Freitag vor dem Amtsgericht wegen Diebstahls verantworten. Das Urteil zum Abschluss eines beschleunigten Verfahrens: eine Geldstrafe von 70 Tagessätzen à 35 Euro.

Wie der 25-jährige Bauarbeiter Amtsrichter Wiebke Gratz erklärte, hatte er zu der Silvesterparty 15 Kumpels eingeladen. Die Juristin mochte nicht glauben, dass solch eine Runde 21 Flaschen Hochprozentiges in einer Nacht konsumieren könne. „Mit O-Saft verdünnt schon“, entgegnete B. Und mögliche Reste hätte man ja auch noch am Neujahrstag trinken können.

Der aus Rumänien stammende Angeklagte, der passabel Deutsch spricht, hatte vor seiner Verurteilung eine Woche lang in U-Haft gesessen, wurde auch noch wegen zwei anderer Diebstahls- und Betrugsdelikte gesucht. Die Tage im Gefängnis hatten den Bauarbeiter aber sichtlich beeindruckt: Als die Richterin verkündete, dass er mit einer Geldstrafe von 2450 Euro davonkommt, verdrückte er ein paar Tränen. Bei monatlichen Ratenzahlungen von 100 Euro wird B. nun gut zwei Jahre daran erinnern, dass die Idee mit der Selbstbedienung zur Silvesterparty keine gute war. *miz*

Gegen Soldat wird weiter ermittelt

Die Ermittlungen von Bundeswehr und Polizei gegen einen 29-jährigen Soldaten aus der Emlich-Cambrai-Kaserne dauern immer noch an. Der Mann soll insgesamt 2321 Patronen an Gefechtsmunition für Handwaffen gestohlen haben, außerdem 630 Patronen Übungsmunition sowie fünf Übungsgrenaten. Der Fall kam im Juli 2017 an die Öffentlichkeit. „Die Ermittlungen sind weiterhin nicht abgeschlossen“, bestätigt ein Sprecher der Streitkräftebasis in Bonn auf HAZ-Anfrage.

Bislang richteten sich die Ermittlungen ausschließlich gegen den 29-Jährigen, doch dies könnte sich womöglich geändert haben. „Das Lagebild hat sich verkompliziert“, sagt der Bundeswehrsprecher. Details nennt er mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen jedoch nicht. Aufgeflogen war der Munitionsdiebstahl erst, als der 29-Jährige einer Kameradin angeboten hatte, damit zu schießen. Patronen und Granaten hatte er im Spind aufbewahrt.

Auch polizeilich sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. „Die Untersuchungen dauern an“, sagt Staatsanwältin Kathrin Söfker. Der 29-Jährige wird beschuldigt, gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen zu haben. Sowohl die Kaserne und der Haupt- sowie Nebenwohnsitz des Beschuldigten wurden durchsucht.

Die Bundeswehr hatte den Soldaten unmittelbar nach Bekanntwerden der Diebstahle von seinen Aufgaben entbunden und versetzt. So sollte verhindert werden, dass der 29-Jährige mögliche Spuren verwischt. Warum der Mann die Munition stahl und hortete, ist noch unklar. Der Beschuldigte schweigt zu den Vorwürfen. *pah*

Schwierige Suche nach Dezernenten bei der Region

Für zwei Spitzenposten in der Verwaltung scheint es derzeit nicht einfach, die passenden Kandidaten zu bekommen

Von Mathias Klein

Im hannoverschen Regionshaus treten die Inhalte derzeit ein bisschen in den Hintergrund. Denn die beiden Koalitionsfraktionen SPD und CDU sind derzeit vor allem damit beschäftigt, Kandidaten für die zum 1. April frei werdenden Posten des Sozial- sowie des Planungs- und Umweltdezernenten zu suchen. Dann verabschiedet sich Sozialdezernent Erwin Jordan in den Ruhestand. Sein Kollege Prof. Axel Priebes (SPD), bisher zuständig für den Planungs- und den Umweltbereich,

wechselt an die Universität Wien, wo er die Fächer angewandte Geografie, Raumforschung und Raumordnung lehren wird. Allerdings ist die Suche nach geeigneten Nachfolgern für die beiden komplizierter als zunächst gedacht.

Formal schlägt Regionspräsident Hauke Jagau der Regionsversammlung die Kandidaten vor. Intern haben sich die führenden Köpfe der Großen Koalition darauf geeinigt, dass die CDU sich in ihren Reihen nach einem Planungsdezernenten umblückt, die SPD nach einen Sozialdezernenten. Deshalb wird Ja-



Axel Priebes (links) und Erwin Jordan verlassen das Regionshaus.

gau nur zwei Kandidaten vorschlagen, die zuvor von den jeweiligen Parteigremien genehmigt wurden.

Zunächst wurde die Kandidatensuche durch die Bildung der Großen

Koalition in Niedersachsen erschwert. Denn einige mögliche Kandidaten haben sich als Staatssekretäre berufen lassen oder gut dotierte Abteilungsleiterposten in Ministerien angenommen, heißt es im Regionshaus. Die Dezernentenposten in der Region werden mit der Besoldungsgruppe B7 vergütet. Das bedeutet ein monatliches Grundgehalt von derzeit 9769,51 Euro.

Erschwerend kommt die mögliche Bildung einer Großen Koalition in Berlin hinzu. Es gebe noch den einen oder anderen Kandidaten, der auf einen guten Posten in der neuen

Bundesregierung wartet, heißt es. In beiden Parteien liefen derzeit Gespräche – ein bisschen wie Bewerbungen, sagt einer, der dabei ist. Dabei gebe es durchaus Bewerber, die anschließend ihre Bereitschaft zurückzögen, wegen der Größe der Aufgabe, heißt es. Bei beiden Parteien gebe es noch weitere Gespräche mit potenziellen Kandidaten.

Allerdings dürfte es bis zu einer Entscheidung nicht mehr allzu lange dauern. Denn Regionspräsident Jagau hatte kurz vor Weihnachten angekündigt, noch im Januar die zwei Kandidaten zu benennen.